

Der Balkan-Krieg rückt näher

Unübersetzbar heißt es im Englischen: 'Put your money where your mouth is' - etwa: 'Nicht nur reden, sondern Taten sprechen lassen.' Die Bundesrepublik hat im Balkan-Konflikt viel geredet. Doch hat sie Taten verweigert - erst mit Hinweis auf das Grundgesetz, dann auf die Geschichte, die beide den Bundeswehreinsatz außerhalb des Bündnisgebietes, zumal auf dem Balkan, verböten. Das Verfassungsgericht hat diese Lesart zu Recht verworfen, und die Geschichte gibt gleichfalls wenig her, wo es nicht um nackten Imperialismus, sondern um den gemeinschaftlichen Einsatz im Namen von Ordnung

und Menschlichkeit geht.

Früher als befürchtet steht die Entscheidung nun vor der Tür, und es ist richtig, daß die ersten Reaktionen aus Bonn nicht bloß Prinzipien, sondern auch Praktisches enthalten. Zwei Aufgaben stehen bevor: die Umgruppierung der Blauhelme in verteidigungsfähige Positionen und die Verstärkung alliierter Verbände durch zusätzliche Elite-Truppen. Diese Bewegungen erfordern Transportkapazitäten sowie Absicherung aus der Luft, also deutsche Transalls und Tornados. Verteidigungsminister Rühle hat am Mittwoch prinzipielle Bereitschaft angedeu-

tet. Noch wichtiger: Der SPD-Verteidigungssprecher Kolbow hat wissen lassen, daß man der Sache 'nicht von vornherein ablehnend gegenüberstehe'.

So denn dieser Konsens gesichert ist, dürfte auch der Bundestag sein Placet geben. Dies ist entscheidend, denn schlimmer als Nichtstun ist eine Intervention, die mangels innenpolitischer Unterstützung (siehe USA in Somalia) abgebrochen werden muß. Freilich sollte die Debatte gleich beginnen. Denn der Ernstfall ist kein abstraktes Ding - eine Sache von Tagen, nicht von Monaten.

jj